

Europas Angriff auf die griechische Demokratie

„.....hoffnungsvoller als die unzumutbare Folter der Gegenwart.“

Kommentar der anderen | Joseph E. Stiglitz

30. Juni 2015, 17:06

Beim Machtspiel der EU mit Griechenland geht es nicht mehr um Geld, sondern darum, dem Land das Unakzeptable aufzuzwingen – eine Politik, deren Scheitern im Grunde schon feststeht

Der immer lauter werdende Streit und die sich steigernde Verbitterung innerhalb Europas mögen für den Außenseiter als das unausweichliche Resultat eines Endspiels zwischen Griechenland und seinen Gläubigern erscheinen. Tatsächlich bringen die europäischen Führungskräfte schlussendlich die wahre Natur des Schuldenstreits ans Licht, und die Antwort ist nicht angenehm: Denn es geht mehr um Macht und Demokratie als um Geld und Wirtschaftsfragen.

Natürlich waren die ökonomischen Grundlagen hinter dem Programm der Troika, das man Griechenland vor fünf Jahren untergeschoben hat, miserabel. Es hat das Bruttoinlandsprodukt des Landes um 25 Prozent sinken lassen. Ich kann mich an keine Depression erinnern, die so vorsätzlich herbeigeführt wurde und solch katastrophale Konsequenzen hatte. Die Arbeitslosigkeit der Jugend übersteigt in Griechenland etwa bereits die 60-Prozent-Marke.

Es ist verwunderlich, dass die Troika sich geweigert hat, für irgendetwas davon die Verantwortung zu übernehmen oder zuzugeben, wie schlecht ihre Vorhersagen und Modelle waren. Was aber noch mehr überrascht, ist, dass die europäischen Spitzenpolitiker nichts dazugelernt haben. Die Troika verlangt immer noch, dass Griechenland einen primären Budgetüberschuss (ohne Zinsaufwendungen) von 3,5 Prozent des BIPs bis 2018 erreicht.

Wirtschaftsexperten der ganzen Welt haben dieses Ziel als viel zu streng verurteilt, weil darauf abzuzielen unausweichlich in eine noch tiefere Abwärtsbewegung führen würde. Selbst wenn Griechenland über jeden vorstellbaren Punkt hinaus umzuschulden vermag, wird das Land in der Depression verharren, sollten die Wähler dieses Wochenende beim spontanen Referendum für das Ziel der Troika stimmen.

Wenigen Ländern ist es wie Griechenland in den letzten fünf Jahren gelungen, ein großes Primärdefizit in einen Überschuss zu verwandeln. Und obwohl die Kosten angesichts des menschlichen Leids sehr hoch waren, sind die Griechen mit ihren jüngsten Vorschlägen den Forderungen ihrer Gläubiger sehr entgegengekommen.
Lektion für Griechenland

Wir sollten uns darüber im Klaren sein: Fast nichts von dem Geld, das Griechenland geliehen wurde, ist tatsächlich dorthin gelangt. Es floss zu Gläubigern in den privaten Sektor – darunter französische und deutsche Banken. Griechenland hat nicht viel mehr als einen Hungerlohn dafür erhalten, doch es hat einen hohen Preis dafür bezahlt, das Bankensystem dieser Länder aufrechtzuerhalten.

Der Internationale Währungsfonds und andere offizielle Gläubiger brauchen das Geld, das gefordert wird, gar nicht. Ein Business-as-usual-Modell würde dafür sorgen, dass das erhaltene Geld höchstwahrscheinlich wieder an Griechenland zurückgereicht wird. Doch wie gesagt, es geht gar nicht ums Geld. Es geht darum, Griechenland mittels Deadlines dazu zu bringen sich zu unterwerfen und das Unakzeptable zu akzeptieren – nicht nur Austeritätsmaßnahmen, sondern noch andere repressive, strafähnliche politische Strategien. Gegenteil von Demokratie

Doch warum tut Europa überhaupt so etwas? Warum sind die europäischen Staatsführer gegen das Referendum und weigern sich, die Deadline Griechenlands für die nächste Zahlung an den IWF auch nur um ein paar Tage zu verlängern? Dreht sich in Europa nicht alles um Demokratie?

Im Jänner haben die griechischen Bürger für eine Regierung gestimmt, die die Sparpolitik beenden wollte. Wenn die Regierung einfach nur ihr Wahlversprechen erfüllen wollte, hätte sie die Vorschläge bereits abgelehnt. Doch sie wollte den Griechen die Chance geben, sich bei einer Angelegenheit einzubringen, die für das zukünftige Wohl des Landes so wichtig ist.

Diese Sorge um die Legitimität vor dem Volk ist mit der Politik innerhalb der Eurozone, die nie ein besonders demokratisches Projekt war, unvereinbar. Die meisten Regierungen haben nicht die Zustimmung ihrer Bevölkerung gesucht, als es darum ging, die Währungssouveränität an die Europäische Zentralbank zu übertragen. Als es Schweden getan hat, sagten die Schweden Nein.

Sie haben verstanden, dass die Arbeitslosigkeit im Land steigen würde, wenn die Geldpolitik von einer Zentralbank festgesetzt wird, die ihr Interesse einseitig auf die Inflation ausrichtet (und dass die Aufmerksamkeit für finanzielle Stabilität unzureichend sein würde). Die Wirtschaft würde leiden, weil das ökonomische Modell, das der Eurozone zugrunde liegt, sich Machtverhältnissen verschreibt, die Arbeiter benachteiligen.

Was wir nun, 16 Jahre nachdem die Eurozone diese Machtverhältnisse institutionalisiert hat, sehen, ist ganz gewiss das Gegenteil von Demokratie: Viele europäische Spitzenpolitiker wollen erleben, wie die linke Regierung von Premierminister Alexis Tsipras scheitert.

Schließlich ist es äußerst unerfreulich, in Griechenland eine Regierung zu haben, die allen Formen von Politik, die so viel dazu beigetragen haben, die Ungleichheit innerhalb so vieler fortschrittlicher Länder zu vergrößern, entgegentritt; und die so bestimmt auftritt, die entfesselte Macht des Reichtums zu drosseln. Die EU-Politiker scheinen zu glauben, dass sie die griechische Regierung zu Fall bringen können, wenn sie diese dazu verführen, einem Beschluss zuzustimmen, der deren Mandat widerspricht.

Guter Rat schwierig

Es ist schwierig, den Griechen einen Rat zu geben, wie sie am 7. Juli stimmen sollen. Keine der Alternativen – Zustimmung oder Ablehnung der Vorschläge der Troika – wird einfach sein, beide bergen große Gefahren. Ein Ja würde zu einer Depression ohne Ende führen. Vielleicht würde ein verarmtes Land – eines, das all sein Vermögen verbraucht hat, dessen vielversprechender Nachwuchs emigriert ist – zuletzt einen Schuldenerlass erhalten. Vielleicht würde Griechenland, wenn es zu einer Ökonomie der mittleren Einkommen zusammengeschrumpft ist, zuletzt die Unterstützung der Weltbank angeboten werden. All das könnte im nächsten Jahrzehnt passieren oder vielleicht erst in jenem danach.

Ein Nein würde umgekehrt zumindest die Möglichkeit für Griechenland eröffnen, mit seiner starken demokratischen Tradition das Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Die Griechen würden die Gelegenheit erhalten, eine Zukunft zu gestalten, die, wenn sie auch vielleicht nicht so prosperierend wie die Vergangenheit wäre, jedenfalls hoffnungsvoller wäre als die unzumutbare Folter der Gegenwart.

Ich weiß, wie ich abstimmen würde. (Joseph E. Stiglitz, 30.6.2015)

Joseph E. Stiglitz, Nobelpreisträger für Wirtschaft, ist Professor an der Columbia University in New York. Sein jüngstes, mit Bruce Greenwald verfasstes Buch heißt "Creating a Learning Society".

Griechenlands Krise und die Fehler der EU-Politik

Kommentar der anderen | Maximilian Kasy

28. Juni 2015, 17:00

Die Europäische Union müsse ihre ideologische Politik gegenüber Hellas ändern, fordert der Autor – Die Gemeinschaft habe nicht nur das verschuldete Land, sondern sich selbst in eine schier ausweglose Situation manövriert

Die europäische Politik rast im Umgang mit Griechenland geradewegs auf den Abgrund zu – Massenarbeitslosigkeit, Armut und Kollaps des Staates in Griechenland, Zusammenbruch der Gemeinschaftswährung, Rückfall in die Rezession und dauerhafte Aushebelung der Demokratie in ganz Europa drohen.

Viel ist davon in den Medien zu lesen und hören, das meiste davon neoliberale Ideologie ("Die Krise wird durch Zerstörung des Sozialstaates überwunden"), verbrämt mit Rassismus ("Die faulen und korrupten Südeuropäer sind selber schuld").

In diesem Zusammenhang lohnt es sich, noch einmal zu rekapitulieren, wie es zur gegenwärtigen Krise kam. Ich glaube, dass es vier große Fehler der europäischen Politik gab, die verantwortlich dafür sind. Zwei davon liegen in der Vergangenheit: die Einführung einer Gemeinschaftswährung für sehr unterschiedliche Länder und später der "Freikauf" der privaten Kreditgeber Griechenlands durch die Länder Europas. Zwei werden immer weiter und immer extremer fortgesetzt: die Erzwingung von Budgetüberschüssen in Griechenland und die Erzwingung einer Budgetstruktur im Sinne eines radikalen neoliberalen Modells. Akkumulation von Schulden

Verschiedene Länder (etwa Deutschland und Griechenland) verzeichnen, aufgrund ihrer unterschiedlichen Institutionen und ihrer unterschiedlichen Geschichte, einen unterschiedlich schnellen Anstieg von Preisen und Löhnen.

Wenn nun in einem Land (etwa Griechenland) die Preise schneller steigen als in einem anderen Land (etwa Deutschland), führt das dazu, dass die Exporte von Deutschland nach Griechenland steigen.

Wenn diese beiden Länder in verschiedenen Währungen notieren, wird meist die Währung des Landes mit der schnelleren Preissteigerung (Griechenland) abgewertet, ein ganz normaler Vorgang in der internationalen Wirtschaft.

Wenn aber beide Länder dieselbe Währung haben, bleiben die Exportüberschüsse Deutschlands bestehen. Das Gegenstück zu diesen Exportüberschüssen muss, aus buchhalterischen Gründen, immer eine Auslandsverschuldung des importierenden Landes sein.

Gibt es eine Gemeinschaftswährung, sind der Geldpolitik die Hände gebunden: Sie kann nicht mehr durch Abwertung die Balance wiederherstellen. Es bleibt nur die Akkumulation immer größerer Schulden oder die "innere Abwertung" durch Lohnkürzungen und Rezession.

Durch die Einführung des Euro war programmiert, dass zuerst das eine und dann das andere in Griechenland passieren würde, während Länder wie Deutschland und Österreich profitierten.

Um die durch die Gemeinschaftswährung beförderten Importüberschüsse zu finanzieren, mussten griechische Banken und insbesondere der griechische Staat Auslandsschulden anhäufen. Ab einem gewissen Punkt, und insbesondere infolge der weltweiten Rezession, die mit dem Zusammenbruch der US-Finanzmärkte begann, war klar, dass der griechische Staat nicht imstande sein würde, alle Schulden zurückzuzahlen.

Immer höhere Zinsen

In der Folge verlangten private Kreditgeber (Fonds, Banken) immer höhere Zinsen als Ausgleich für ihr Risiko, ihr Geld nicht mehr zurückzubekommen. Diese hohen Zinsen bescherten ihnen hübsche Profite. Als der Zeitpunkt kam, an dem der griechische Staat tatsächlich nicht mehr zahlen konnte, sprangen die Institutionen Europas (Kommission, EZB und IWF) ein und übernahmen die Schulden.

Die Profite wurden privatisiert (in Form hoher Zinsen), die Verluste an die Allgemeinheit übertragen (in Form der Übernahme der Schuldtitel). Die "Rettungspakete" waren also keine Rettung für den griechischen Staat und das griechische Volk, sondern eine Rettung der privaten Kreditgeber. Die EU machte sich zur Geldeintreiberin der Banken.
Erzwungene Sparpolitik

Nach dem Freikauf der Banken waren nun die öffentlichen Institutionen Europas die Gläubiger Griechenlands. Sie machten sich umgehend daran, die Schulden wieder einzutreiben.

Da die meisten Kredite nur eine kurze Laufzeit haben, muss Griechenland regelmäßig wieder um Verlängerung ansuchen. Damit haben die Gläubiger ein Druckmittel, Griechenland im Stile einer Kolonialmacht ihre politischen Vorstellungen zu diktieren, gegen den Willen der griechischen WählerInnen.

Die Hauptforderung der Gläubiger war und ist eine radikale Sparpolitik, durch Erhöhung öffentlicher Einnahmen, aber insbesondere durch extreme Ausgabenkürzungen. Argumentiert wird diese Forderung damit, dass Griechenland seine Schulden zurückzahlen muss. Tatsächlich hat diese Sparpolitik zu einer Rezession, Massenarbeitslosigkeit und Armut ungekannten Ausmaßes geführt. Diese Rezession hat die Steuereinnahmen immer weiter schrumpfen lassen, was immer weitere Sparmaßnahmen erforderlich macht.

Diese Politik ist selbstzerstörerisch. Selbst wenn die Verantwortlichen den Auswirkungen auf Massenarmut und der Aushebelung der Demokratie gleichgültig gegenüberstehen, macht diese Politik eine Rückzahlung der Schulden immer unwahrscheinlicher. Ein Land in den wirtschaftlichen Kollaps zu treiben erhöht nicht seine Zahlungsfähigkeit.
Neoliberaler Umbau

Schließlich, und immer radikaler, diktieren die Gläubiger Griechenland nicht nur die Höhe seiner Budgetüberschüsse (Steuereinnahmen minus Staatsausgaben). Sie diktieren auch die Form öffentlicher Ausgaben und Einnahmen. Es wird nicht nur gefordert, dass Griechenland seine Schulden um jeden Preis zurückzahlt, es wird gefordert, dass der griechische Staat im Sinne des neoliberalen Modells umgebaut wird.

Steuern auf Lebensmittel sollen erhöht werden, die Renten von Pensionisten und Pensionistinnen unter der Armutsgrenze gestrichen werden. Öffentliche Unternehmen sollen zwangsprivatisiert werden, während eine Erhöhung von Steuern auf Unternehmensprofite oder eine Kürzung von Militärausgaben verboten werden.

Diese ideologische Politik hat katastrophale Folgen – Massenarmut, Sinken der Lebenserwartung etc. Diese Politik hat auch keinerlei Rechtfertigung in "Sachzwängen", sondern ist rein durch die Willkür der Geldgeber bedingt.

Wenn die Politik der Gläubiger sich nicht bald ändert, werden die Folgen für Griechenland und Europa düster sein. Es sieht nicht gut aus. (Maximilian Kasy, 29.6.2015)

Maximilian Kasy (32) ist Assistant Professor am Department of Economics der Harvard University. Er engagiert sich auch beim digitalen Vermögensrechner.

Für ein Europa der 500 Millionen

Kommentar der anderen | Günter Hager-Madun

1. Juli 2015, 17:17

Die Griechenlandkrise als Wendepunkt zu einer solidarischen Union

Seit mehr als hundert Tagen verhandeln die Politiker der Eurogruppe und Vertreter der griechischen Regierung über die Bedingungen, unter denen die noch ausstehenden 7,1 Milliarden Euro des zweiten Hilfspakets freigegeben werden. Bei der ursprünglichen Beschlussfassung wurden mit der damaligen griechischen Regierung Bedingungen festgelegt, die eine Fortsetzung jener neoliberalen Politik bedeuten würden, die entscheidend zur Eskalation der griechischen Krise beitrugen. Daher ist es in höchstem Maße unvernünftig, an diesen Bedingungen festzuhalten.

Lösen wir uns einmal von den Details, und schauen wir uns die Sache grundsätzlich an: Hier treffen zwei grundlegend verschiedene politische Auffassungen zusammen. Erste Alternative: das seit 25 Jahren beherrschende neoliberale System. Zweite Alternative: eine Politik der kreativen Vernunft, die sich am Gemeinwohl orientiert und das Miteinander von Menschen, Unternehmen und Staaten ins Zentrum stellt. Die Vertreter von 500 Millionen – zumindest größtenteils – ökonomisch leidlich abgesicherten Menschen und die Vertreter von elf Millionen unter prekärsten Umständen lebenden Menschen.

Was könnte ökonomisch denn schon passieren, wenn die EU die Vorschläge der griechischen Regierung annimmt? Entweder führen die Vorschläge zu einer Verbesserung der Situation. Dann haben wir daraus etwas für die Lösung der EU-Probleme gelernt. Oder die Vorschläge führen zu keiner Verbesserung, dann wird es einfach sein, gemeinsam mit griechischen Politikern bessere Lösungen zu finden. Bisher gab es keine Alternativvorschläge zur neoliberalen Austeritätspolitik. Jetzt gibt es diese, einschließlich des zu entwickelnden wirtschaftlichen Aufbauprogramms.

Zwei Appelle

Der Appell an IWF, EZB, Europäische Kommission, Finanzminister und Europäischen Rat: Akzeptiert den letzten griechischen Hilfspaketvorschlag, strukturiert die griechischen Verpflichtungen im Einklang mit Varoufakis' "bescheidenem" Vorschlag um und entwickelt gemeinsam mit griechischen Experten auf Basis von Junckers und Varoufakis' Vorschlag ein langfristiges Wirtschaftsentwicklungsprogramm. Schließt unabhängig von der Griechenlandcausa endlich die Steueroasen. Verbieta Spekulationen – insbesondere solche auf Nahrungsmittel und Rohstoffe. Beendet den Steuerwettbewerb. Besteuert Vermögen, Unternehmen und Finanztransaktionen auf angemessene Weise. Beseitigt Trusts und Offshore-Gesellschaften, über die jedes Jahr jene Milliarden am Fiskus vorbeigeschleust werden, die wir für eine wohlstandssichernde Europäische Union dringend brauchen.

Nicht der Abbau des Sozialstaates kann die Grundlage eines Wirtschaftsentwicklungsprogramms sein, sondern der Abbau der immer größer werdenden, skandalösen Ungleichverteilung.

Der Appell an Alexis Tsipras: Stellen Sie am Sonntag nicht nur die Forderung von IWF, Kommission und EZB zur Abstimmung, sondern auch ihren Vorschlag – ohne die Erpressungen von IWF, EZB, Europäischer Kommission, Finanzminister und dem Europäischen Rat. Zuzüglich Wirtschaftsentwicklungsprogramm und Schuldenrestrukturierung. (Günter Hager-Madun, 1.7.2015)

Günter Hager-Madun, Psychotherapeut, Mitinitiator der United-Sovereigns-Plattform "Politik der kreativen Vernunft"

Nicht Europa, sondern Anti-Europa

Der Spiegel Nr. 27 2015

Die Griechenlandkrise hat einen alten Traum zerstört. Die Lösung muss radikal sein.

Dirk Kurbjuweit

Müde, alle sind so müde, die Politiker, die Bürger, die Medien, die Institutionen, die Demokratie. Europa ist müde, erschöpft, ausgezehrt. Wieder ein Verhandlungsmarathon, der wievielte eigentlich? Wieder diese großen, überanstrengten Augen der Verhandler. Wieder eine Vertagung oder ein Kompromiss, der niemanden überzeugt, der nur der Auftakt ist für die nächste Krise. So geht das seit Jahren. Es reicht.

Wir wollen nicht von Schönheit reden, nicht von Helden der Politik, nicht von großen Würfeln. In einem komplexen System wie Europa ist das schwierig. Wir wollen vom Minimum reden: Politik braucht Erfolge, um sich zu legitimieren. Sie muss Probleme lösen, gerade hartnäckige Probleme, die mit viel Aufwand bearbeitet werden. Aber das geschieht nicht.

In Sachen Griechenland gibt es bislang nur Scheinlösungen, wenn überhaupt. Eine kurze Atempause, dann kommt die nächste Marathonsitzung, das nächste Eilverfahren im Bundestag.

Die Erschöpfung wird noch größer, genauso der Überdruß, der den nächsten Populisten an die Macht spült, der die Lösung der Probleme noch schwieriger macht und so weiter.

Erschöpfung ist aber nur ein Preis der permanenten Krise. In Wahrheit haben wir in den vergangenen Jahren Europa verloren. Es ist nicht mehr das Europa, das die Gründer- und Ausbaugenerationen versprochen hatten, Robert Schuman und Konrad Adenauer, Helmut Kohl und François Mitterrand.

Es ist beinahe das Gegenteil. Wir leben in einem Anti-Europa. Vieles hat dazu beigetragen, am meisten aber die Eurokrise, und nichts ist so zerstörerisch wie der langwierige Kampf um Griechenland.

Versprochen war: gemeinsames Wachstum. In Wahrheit herrscht Wohlstandskonkurrenz. Viele Deutsche wollen nicht für Griechenland verzichten, und viele Griechen erwarten von den Deutschen einen Beitrag, damit der Verzicht in Griechenland nicht so harsch ausfällt.

Versprochen war: das Ende des nationalen Denkens und irgendwann das Ende der Nationalstaaten. In Wahrheit erlebt der Kontinent eine Renationalisierung. Kaum einer glaubt noch an die großen Ziele, die Staaten haben die eigenen Interessen im Blick.

Versprochen war: eine Versöhnung mit der Geschichte. In Wahrheit ist sie zur Munition geworden. Griechenland verlangt Reparationen von Deutschland. Wird irgendwo in Europa gegen Austeritätspolitik protestiert, taucht Bundeskanzlerin Merkel mit angeklebtem Hitlerbärtchen auf.

Versprochen war: ein politisches Gleichgewicht in Europa. Frankreich und Deutschland sollten den Kontinent gemeinsam führen, mit Rücksicht auf die kleineren Länder. Aber in der

Krise haben die Deutschen den Partner abgehängt und sind nun die dominante Macht in der EU.

Versprochen war: ein Europa der Bürger. In Wahrheit haben in der Krise die Institutionen, die am weitesten weg sind vom Wähler, die größte Macht, die Europäische Zentralbank, der Internationale Währungsfonds, die Exekutive. Die Parlamente dagegen, die am stärksten legitimiert sind, werden genötigt, Brüsseler Entscheidungen in Eilverfahren abzunicken.

Versprochen war: der ewige Friede. Zum Glück greift niemand zu den Waffen. Aber die Stimmung ist nicht friedlich. Manche Medien berichten äußerst aggressiv, der Chauvinismus ist zurückgekehrt.

Versprochen war: Europa wird eine starke Rolle in der Welt spielen, als politische und ökonomische Macht, als Vorbild für das friedliche Zusammenführen eines Kontinents nach zwei Weltkriegen. In Wahrheit ist Europa derzeit ein Sorgenkind der Welt, mitunter eine Lachnummer. Von großem Einfluss kann nicht die Rede sein.

Mit einem Satz: Europa ist nicht nur müde, sondern auch eine Enttäuschung. Damit ging auch eine sympathische Spezies verloren – der Europäer. Es gab ihn. In den Siebziger- oder Achtzigerjahren fühlten sich viele Bundesbürger eher als Europäer denn als Deutsche. Das kommt kaum noch vor. Wie traurig.

Es kann so nicht bleiben. Die großartige Idee von einem vereinten Kontinent darf nicht im griechischen Krisenherd verglühen. Es gibt Alternativen zur Ermüdungspolitik, sie sind nicht ohne Risiko, aber sie sind besser als das, was jetzt passiert.

Die eine heißt Grexit: Griechenland verlässt die Eurozone und versucht es mit einer eigenen Währung. Die zweite heißt Schuldenschnitt: Griechenland muss einen Teil seiner Kredite nicht zurückzahlen. Beide Alternativen würden größere Beben auslösen, aber es gibt die Chance eines Neuanfangs, eines Endes der Krise.

Wer immer noch den Kern des alten Europäers in sich trägt, wird sich für die zweite Alternative aussprechen, mit großzügiger Hilfe gegen starke Kontrolle, am Ende mit einer verbindlichen Finanzpolitik für alle. Das hat seinen Preis, aber dafür gibt es die Chance, dass wir doch noch das Europa bekommen, das uns versprochen war.

Die allerallerallerletzte Chance

Griechenland bekommt noch eine Chance. Und noch eine. Und dann noch eine. Absurdes Europa-Theater mischt sich mit griechischer Tragödie. Schuld hat die Regisseurin: Merkels Griechenland-Politik ist gescheitert. Das wird teuer.

Von Jakob Augstein

Spiegel Online Donnerstag, 04.06.2015

Immer wenn man denkt, es geht nicht mehr, kommt ein neuer Gipfel daher. So nähert sich das Stück um die Rettung Griechenlands seinem Höhepunkt. Die irre Wendung: Griechenland ist klein, schwach und pleite. Und dennoch, die Chancen stehen nicht schlecht, dass Alexis Tsipras und Gianis Varoufakis, die Helden aus Athen, den Sieg davontragen. Der erstaunte Zuschauer stellt fest: Auf der Bühne der Eurokrise finden absurdes Theater und griechische Tragödie zusammen. Angela Merkel ist die Regie entglitten. Wenn das noch richtig teuer wird, sollten die Deutschen die Schuld nicht in Athen suchen - sondern in Berlin.

Die griechischen Botschaften, so konnte man neulich lesen, wurden angehalten, ihre Bargeldbestände nach Hause zu schicken. Jeder Cent zählt. Aber das genügt natürlich nicht. Es sprudelt auch längst schon eine viel reichere Geldquelle: die europäische Zentralbank. Die erlaubt der griechischen Zentralbank, das Land bei Engpässen mit Bargeld aus der Notenpresse zu versorgen. "ELA" heißt das, "Emergency Liquidity Assistance". Für Staatsfinanzierung war das nicht gedacht - und die gehört ja eigentlich auch nicht zu den Aufgaben der Zentralbank. Aber ein Glück, dass es solche Instrumente gibt und dass die Euro-Bank sie souverän einsetzt. Mario Draghi lässt grüßen. Der Zentralbankpräsident springt ein, wo Angela Merkel fehlt.

Die Deutsche erhebt in Europa zwar den Führungsanspruch - aber sie löst ihn nicht ein. Sie hat sich zur Geisel eines antieuropäischen deutschen D-Mark-Nationalismus gemacht - denn bei dem sind wir ja geblieben, Euro hin oder her: Gierige Griechen greifen nach deutschem Geld. Anders lässt sich die Eurokrise hierzulande kaum noch vermitteln.

Deutschlands Rettungspolitik ist katastrophal

Der österreichische Journalist Robert Misik hat neulich darauf aufmerksam gemacht, dass der deutsche Diskurs von politischer Klasse und medialem Establishment sich weit jenseits der europäischen Normalität abspiele: "Während hier selbst in linksliberalen Medien ein Zerrbild vom "radikalen Finanzminister" Gianis Varoufakis gezeichnet wurde und ihm uralte und auch noch verfälschte Zitate in den Mund gelegt wurden, musste man schon die "New York Times", den "Guardian" oder auch den erzkonservativen "Telegraph" lesen, um die Wahrheit zu erfahren: Globaler Ökonomie-Superstar, ein Postkeynsianer, kein Linksradikaler, wird Finanzminister Griechenlands! Der Popstar unter den Ökonomen hängt seine cosy texanische Professur an den Nagel, um den härtesten Job der Welt zu übernehmen! Wie spannend! Wie bewundernswert! Aber hierzulande: ein völlig anderer Spin."

Natürlich muss Griechenland sich ändern. Aber der Balkan-Byzantinismus ist nicht so schnell kleinzukriegen. Was hatte man im Berliner Kanzleramt erwartet? Ein Dänemark am Mittelmeer? Wollte Angela Merkel in Athen ein Gyros-Konto eröffnen - und hat dann festgestellt, das ist da nicht Ouzo? Leider ist die deutsche Rettungspolitik für Griechenland kein Witz. Sondern eine Katastrophe. Das Rezept von Frau Dr. Merkel war Gift für Griechenland: die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 60 Prozent, die Schuldenquote ist seit Beginn der Krise von 124 auf 180 Prozent des Inlandsprodukts gewachsen. Aber wo Merkel nur zuschaut, müssen andere handeln. Das Leid der Griechen zwingt den Kontinent zum Kurswechsel.

Merkel steht vor den Scherben ihrer Politik

Kommissionpräsident Juncker hat gesagt, es gebe eine "humanitäre Krise" in Griechenland. Wer das nicht sehe, sei "blind und taub" für das, was vor Ort geschehe. Sein Kabinettschef Martin Selmayr ist noch deutlicher geworden: Das bisherige Rettungsprogramm habe sich "als unrealistisch und als sozial nicht ausgewogen herausgestellt", die griechische Bevölkerung habe "einen hohen Preis" für die Reformen gezahlt. Eine Ohrfeige für die Deutschen. Es ist Merkels Austeritätskurs, der da vor den Augen der Welt gescheitert ist.

Angela Merkel steht vor den Scherben ihrer Politik. Die Linken in Athen haben aus ihrer Schwäche eine Stärke gemacht. Sie halten sich eine Waffe an den Kopf und drohen mit Selbstmord. Nichts anderes bedeutet die Drohung, die Eurozone zu verlassen und die Schuldenzahlungen einzustellen. Aber das ist keine Frechheit. Das ist Verzweiflung.